

Migration und Religion in Zeitgeschichte und Gegenwart

Veranstalter: Gisela Muschiol, Institut für Kirchengeschichte, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Kommission für Zeitgeschichte; Görres Gesellschaft; Katholisches Bildungswerk Bonn

Datum, Ort: 09.04.2018, Bonn

Bericht von: Daniel Voges, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Die Fragen, die Migrationsbewegungen an die Gesellschaft stellen, scheinen so aktuell und singular wie nie zu sein. Doch Migration prägt seit je her Gesellschaften, da der Mensch ein migrierendes Wesen ist. Krisensituationen wie zum Beispiel Kriege und Umweltkatastrophen bestärken die existierende Tendenz zur Migration, sodass heutige Migrationsproblematik unter anderem im Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts wurzelt. Die Tagung hatte zum Ziel, Fragen an das heutige Migrationsphänomen durch Analysen historischer Migrationsbewegungen in Verbindung mit interdisziplinären Zugängen zu beantworten. Ziel der Tagung war, basierend auf historischen Prozessen, Lösungsansätze für heutige Integrationsfragen zu finden.

PETER OLIVER LOEW (Darmstadt) leitete die Kontextualisierung mit einer Betrachtung der historischen Migration von Polinnen und Polen ins heutige Deutschland ein. Deutlich wurde, dass Migrationsbewegungen in der Neuzeit selbstverständlich waren. Vor allem die Bauernbefreiung und die beginnende Industrialisierung führten zu einer gesteigerten Mobilität, die unmittelbar die Migration von Polinnen und Polen in den Westen des Deutschen Reiches ermöglichte. Primär ging Loew auf die ab 1870 einsetzende „Masseneinwanderung“ ein, die bis heute zwischen 8 und 9 Millionen Menschen umfasst hätte. Loew problematisierte den Begriff der „Masseneinwanderung“, da es sich zumindest bis 1918 um eine Binnenmigration im Deutschen Reich handelte. Die Bezeichnung Polinnen und Polen meint dabei nicht Bürgerinnen und Bürger Polens, sondern generell polnischsprachige Menschen im Deutschen Reich, wobei auch weitere Minderhei-

ten aus den Ostgebieten des Reiches unter die Bezeichnung Polinnen und Polen subsumiert werden.

Loew stellte fest, dass die Integration durch fehlende Sprachbarrieren einen verhältnismäßig leichten Start gehabt hätte, da die Einwanderer meist ein wenig Deutsch sprachen. Trotz der Separation der Migrantinnen und Migranten, die beispielsweise eigene Gesangsvereine gründeten, sei die Integration nicht behindert worden. So hätten die genannten Vereine zwar geschlossene Gruppen dargestellt, aber im Sinne des dynamischen Kulturtransfers deutsche Eigenheiten, wie eben die Vereinskultur, übernommen. Weiter benannte Loew Probleme, wie beispielsweise die Diskriminierung der Polinnen und Polen durch Teile der Mehrheitsgesellschaft. Gerade dies sei allerdings ein Grund für eine schnelle Integration, aber teilweise erzwungene Assimilation, gewesen. Als integrationsfördernden Faktor benannte Loew den gemeinsamen Glauben der Migrantinnen und Migranten und der aufnehmenden Gesellschaft. Nahezu alle Zugezogenen waren Christen, wobei der Anteil der Katholiken im Ruhrgebiet ungefähr zwei Drittel betragen hätte. Diese Katholiken hätten sich unter anderem durch eine rege Vereinskultur rasch integriert. Die Protestanten dagegen, die mehrheitlich aus Masuren stammten, hätten eher ein von der Gesellschaft isoliertes Leben geführt. So hätte vor allem der gemeinsame Katholizismus eines großen Teils der Migrantinnen und Migranten und der Aufnahmegesellschaft die Integration stark positiv beeinflusst.

Nach dieser historischen Hinleitung, ging MATTHIAS STICKLER (Würzburg) in seinem Vortrag auf die Integration deutscher Vertriebener nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Die Prägung des Begriffs „Vertriebene“ durch die USA als politischen Begriff, um die Unmöglichkeit einer Rückkehr der Migrantinnen und Migranten im Unterschied zu den heutigen Geflüchteten, beispielsweise aus dem Irak oder Syrien, kenntlich zu machen, zeigte die politisch gewollten Unterschiede zwischen den Migrationsphänomenen. Die große Zahl (ca. 12 Millionen Menschen) der Vertriebenen, die zu einem Gefühl der „Überfremdung“ in Teilen der Bevölkerung geführt hätte, machte in der Sowjetischen Besatzungszo-

ne bzw. der DDR in einigen Gegenden, wie zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, bis zu 50 Prozent der Bevölkerung aus. Das Ziel der Assimilation wurde in der DDR laut Sticker restriktiv verfolgt, beispielsweise durch Beschlagnahmung von Wohnungen und der Durchführung der Bodenreform. Dank dieser Maßnahmen konnten bereits 1947 ca. 80 Prozent der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone in eigenen Wohnungen leben. Eine kritische Debatte über die Vertreibung und die DDR-„Umsiedlerpolitik“ – so der offizielle Begriff – wurde in der DDR konsequent unterbunden.

Die Integration der Vertriebenen in den Westzonen, die vor allem durch die Lastenausgleichsgesetzgebung erreicht wurde, wurde durch das sogenannte Wirtschaftswunder ermöglicht. Die westdeutsche Politik sei letztlich effektiver gewesen als die der DDR. Dies könne man vor allem daran erkennen, dass bis zum Mauerbau 1961 etwa ein Viertel der in der DDR lebenden Vertriebenen in den Westen flüchteten. Eine ablehnende Haltung gegenüber den Vertriebenen seitens der ansässigen Bevölkerung sei in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gleichermaßen vorhanden gewesen. Aufgrund der Tatsache, dass sie wählen durften, stellten die Vertriebenen für die politischen Parteien eine attraktive Wählergruppe dar. Deshalb waren in der frühen Bundesrepublik die Vertriebenenverbände eine wichtige *Pressure Group*, die bei den Unionsparteien und der SPD fest verankert waren. Auch in Österreich herrschte eine ablehnende Haltung gegenüber den ca. 300.000 Vertriebenen vor, die noch dadurch vergrößert wurde, dass diese dort als Ausländer angesehen wurden. Ihre Einbürgerung erfolgte erst nach und nach gegen erhebliche Widerstände.

Basierend auf diesen Befunden stellte Sticker die These auf, dass der unterschiedliche Umgang mit den Vertriebenen in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich nach 1945 einer der Gründe für die Unterschiede in der heutigen Wahrnehmung von Geflüchteten im Westen Deutschlands, dem Osten Deutschlands und Österreich sei. In der Bundesrepublik habe die Meistererzählung von der gelungenen Integration die kollektive Erinnerung immer mehr dominiert: Eine sol-

che im Kern positive Erinnerungskultur habe sich dagegen in der DDR und in Österreich aus unterschiedlichen Gründen nie entwickeln können; dort sei außerdem der Assimilationsdruck erheblich größer gewesen.

Den Abschluss der Vormittagssektion bildete der Vortrag von DIETRICH THRÄNHARDT (Münster), der eine Bestandsaufnahme der Einwanderung in Verbindung mit Formierung von „muttersprachlichen Gemeinden“ in Deutschland ab 1955 vorstellte. Die muttersprachlichen Gemeinden sollen dabei keine Konkurrenzstruktur zur katholischen Kirche in Deutschland darstellen. Dies ist an der Beteiligung des Verbands der Diözesen Deutschlands zu sehen.

Verschiedene Gruppen von Migrantinnen und Migranten wurden unter Aspekten wie Seelsorge und Engagement der Eltern zur Integration beleuchtet. Die spanischen muttersprachlichen Gemeinden seien dabei ein positives Beispiel für selbstgewählte partielle Separation, die aber integrationsfördernd gewirkt hätte. So seien die Eltern von Schülerinnen und Schülern durch die Kirche aktiviert worden, was an der großen Anzahl der engagierten Elternvereine sichtbar sei. Obwohl die Gruppe der Spanierinnen und Spanier unter den Migrantinnen und Migranten mit dem niedrigsten Bildungsabschluss bei der Einreise gewesen sei, hätte sich dieser Umstand ins Gegenteil verkehrt. Dies sei mit der pluralistischen Einstellung der Spanierinnen und Spanier in Deutschland zu erklären, die durch ihre muttersprachlichen Gemeinden bestärkt worden sei. Den größten Anteil an den Migrantinnen und Migranten machten allerdings die italienischen Einwanderer aus, die allerdings wenig Bildungserfolge vorzuweisen hätten. Im Gegensatz dazu würden etwa die kroatischen muttersprachlichen Gemeinden in Deutschland einen kroatischen „Nationalkatholizismus“ anstreben, der nicht integrationsfördernd wirke. Die kroatischen muttersprachlichen Gemeinden in Deutschland seien primär eine Opposition gegen den jugoslawischen Staat gewesen, die sich eine Rückkehr in die Heimat als Ziel gesetzt hätten. Somit sei eine funktionale Integration das Ziel gewesen.

Den ersten direkten Bezug zur aktuellen Migrationsbewegung stellte MARIANO

BARBATO (Münster / Passau) her, der zur Haltung des Papstes zur „Flüchtlingskrise 2015“ referierte. Mariano Barbato bezog sich auf die Inszenierung öffentlicher Auftritte des Papstes als Mittel, Diskurse zu prägen. Die pro-migrantische Position von Franziskus steht nach Barbato in der langen Tradition einer migrationsfreundlichen Politik des Vatikans, die sich nicht nur moraltheologisch begründet, sondern in ihrer historischen Genese auch auf die italienische Auswanderung nach Amerika zurückzuführen ist. Biographisch steht Franziskus mit der Auswanderergeschichte der Familie Bergoglio in dieser Tradition. Institutionell lässt sich der päpstliche Welttag des Migranten und Flüchtlings auf Papst Benedikts XV. Bemühungen von 1914 um Solidarität mit den italienischen Auswanderern zurückführen. Die Betonung der Solidarität mit den Geflüchteten, beispielsweise anlässlich der ersten Papstreise nach Lampedusa (2013), in der Neujahrsansprache 2016 und dem Besuch der Insel Lesbos (2016), sorgte laut Barbato dafür, dass diese Solidarität des Papstes durch die Medien weltweit rezipiert worden sei, selbst wenn das Thema Flucht und Migration nicht im Zentrum späterer Aussagen des Papstes gestanden habe. Beim Weltjugendtag in Polen (2016) habe der Papst „homöopathisch“ auf die Akzeptanz von Geflüchteten hingewiesen und seinen Besuch nicht als Bühne für eine migrationsfreundliche Positionierung genutzt, jedoch in den Medien seien die relativ schwachen Aussagen zentral behandelt worden. Die Stellungnahme des Papstes im US-amerikanischen Wahlkampf 2016 stellte den Abschluss des Vortrags dar. Trotz einer versuchten Einflussnahme durch den Vatikan, so zum Beispiel die Wahl des Themas „Aufnahme von Fremden“ als Gebetsanlass im Wahlmonat, könne keine Auswirkung auf das Wahlverhalten nachgewiesen werden. Das seit Ronald Reagan gesplante Votum der US-amerikanischen Katholiken konnte diese Positionierung des Papstes nicht verändern. Das für katholische „value voters“ wichtige Thema der Abtreibung war in diesem Wahlkampf vielmehr durch die Positionierung der demokratischen Kandidatin Hillary Clinton besonders dominant. Barbato resümierte, dass die Bemühungen der Kurie, die Katholische Kir-

che über das Migrationsthema aus den amerikanischen „cultural wars“ herauszuführen, vorerst nicht zum Ziel führten. Noch gravierender sei die vorläufige Niederlage der Migrationspolitik des Vatikans nur im italienischen Wahlkampf gewesen.

Im Kontrast zu den vorherigen eher deskriptiven und ereignisorientierten Vorträgen griff HEIDEMARIE WINKEL (Bielefeld / Cambridge) religionssoziologische, rassismustheoretische und postkoloniale Ansätze auf, um die Art der Diskursivierung von Religion und der darauf bezogenen Semantiken von Fremdheit in Bezug zur Migration der Gegenwart zu betrachten. Eine zentrale These lautete, dass sich dies im Rahmen einer Wissens- und Sinnordnung vollzieht, die auf kulturalistischen Identitätszuweisungen und homogenisierenden Identitätsansprüchen basiert; etwa im Verweis auf eine spezifische deutsche Leitkultur oder ein jüdisch-christliches Erbe, und der damit einhergehenden Behauptung einer unüberbrückbaren kulturellen Unvereinbarkeit zwischen den sich weitgehend als säkular verstehenden europäischen Gesellschaften und religiösen Einwanderinnen und Einwanderern. Postkoloniale Theorien fassen das Zuschreiben von Eigenschaften als Vorgang der Fremdzuschreibung; über die damit verbundenen Kategorisierungsprozesse wird ein Denken in Gegensätzen von „wir“ und „die Anderen“ hervorgebracht, in dem sich die etwa als „Muslim“ oder „Flüchtling“ kategorisierten Personen nicht wiederfinden; gleichwohl stellt es eine machtvolle und unausweichliche Realität dar. Dies habe dann auch den Effekt der Rückbesinnung auf Religion als Identitätsstütze. In dem Zusammenhang stellt der Einfluss von Sprache ein zentrales Element dar: Sprache fungiert als performatives Werkzeug zur Konstruktion von Wirklichkeit, beispielsweise bei der Verwendung von Begriffen wie „Obergrenze“ und „Flüchtlingsströme“ in Diskursen.

In dem Kontext verwies Winkel auf Daten aus religionssoziologischen Studien, die einen signifikanten Zusammenhang zwischen nationalistischen Einstellungen und Islamfeindlichkeit herausgearbeitet haben. Der Religionsmonitor kommt beispielsweise zu der Einsicht, dass „Islamfeindlichkeit als salon-

fähiger Trend [...] zur Legitimation diskriminierender und ausgrenzender Verhaltensweisen gegenüber einer Minderheit genutzt werden“¹ kann. Die „kleine Minderheit radikaler Islamisten (weniger als 1%)“² prägt hiernach die Gesamtwahrnehmung von Musliminnen und Muslimen. Hohe Religiosität werde fälschlicherweise als Distanz zu Staat und Demokratie interpretiert.

Speziell die Situation von Musliminnen und Muslimen in Deutschland, die durch diesen Vortrag erstmals in den Fokus rückten, wurde von Winkel analysiert. Neben einleitenden Zahlen zur Religionsausübung in Deutschland lebender Muslime und der Akzeptanz des Islam in Deutschland im Kontrast zu Frankreich und den Benelux-Ländern, stellte Winkel Studien vor, die in der Religionsausübung ein emanzipatorisches und identitätsstiftendes Potential für muslimische Migrantinnen und Migranten sehen. Abschließend verwies sie auf Studien, die das Potential von Religion als Identitäts- und Sinnressource und als Ausgangspunkt für zivilgesellschaftliches Engagement herausarbeiten. Winkel warb dafür, Religiosität als Teil des Weltanschauungsppluralismus zu verstehen. Sie endete mit der These, dass Probleme zwischen Menschen mit verschiedenen kulturellen Identitäten eher auf der „Kultur der Wettbewerbsgesellschaft“ und sozioökonomischen Unterschieden als auf unterschiedlichen Religionen beruhten. Im Anschluss entspann sich eine lebhafte Diskussion, die deutliche Unterschiede in den Ansichten der Referierenden und Zuhörerinnen und Zuhörern offenbarte. So wurde kritisiert, dass der Diskurs um konstruierte Fremdheit von den Bürgerinnen und Bürgern abgehoben sei und somit nicht zielführend sei.

Der Vortrag von ABDEL-HAKIM OURGHI (Freiburg) fiel krankheitsbedingt aus. Dadurch fehlte leider eine „muslimische Perspektive“ auf den Themenkomplex. Dies wurde auch in der finalen Podiumsdiskussion deutlich, die JOHANNES SABEL (Bonn) moderierte. Die beteiligten Heidemarie Winkel, ANSGAR HENSE (Bonn), DOMINIK MEIERING (Köln) und Dietrich Thränhardt, der für Ourghi eingesprungen war, gingen auf Chancen und Probleme von Religion als Integrationsfaktor ein. Sichtbar wurde, dass die me-

dial dargestellte beziehungsweise öffentlich wahrgenommene Differenz nicht unbedingt zwischen verschiedenen Bekenntnissen besteht, sondern Religiosität generell von nicht-religiösen Menschen infrage gestellt wird. Meiering betonte, dass die „Fremdenaufnahme“ ein Kernelement der christlichen Kultur sei. Die „perfekte Integration“ (Winkel) sei nicht erreichbar, was auch daran liegen dürfte, dass es keine „Einheit im kulturellen Sinne“ (Winkel) gebe. Konsens war die Bedeutung der Sprache als Integrationswerkzeug, auch wenn das alleinige Beherrschen der Sprache des Aufnahmelandes kein Garant für eine gelungene Integration sei.

Die gesamte Tagung zeigte, dass historische Integrationsprozesse bei aktuellen Diskursen nicht ignoriert werden dürfen. So können verschiedene Integrationsansätze und Erfolge, die über siebzig Jahre zurückliegen, als Erklärungsversuche für heutige Unterschiede in der Einstellung gegenüber Geflüchteten genutzt werden. Gerade dies zeigt, dass Integration umfassend und transparent erfolgen muss. Zudem ist deutlich geworden, dass Religion innerhalb der Gesellschaft Relevanz besitzt und die Kirchen selbst Themen setzen und den medialen Diskurs somit prägen können. Religion zeichnete sich als gesellschaftlich wichtiges, wenn auch oftmals kontroverses Thema ab, welches gerade im Zusammenhang mit Integration nicht außer Acht gelassen werden darf.

Konferenzübersicht:

Peter Oliver Loew (Darmstadt): Viele Wege führen zur Integration. Zuwanderung von Polen nach Deutschland im 20. Jahrhundert

Matthias Stickler (Würzburg): Gleichberechtigung für den Fünften Stand. Die Integration der deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg

Dietrich Thränhardt (Münster): In meines Vaters Haus sind viele Wohnungen. Einwande-

¹ Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), Religionsmonitor. Verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick, 2015, S. 3, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf (11.06.2018).

² Ebd., S. 3.

rung und Katholische Kirche seit 1955

Mariano Barbato (Münster / Passau): Der Papst und die Flüchtlinge. Zur Haltung der Katholischen Kirche in der Flüchtlingskrise 2015

Heidemarie Winkel (Bielefeld / Cambridge): Grenzdiskurse. Flucht, Migration und Religion in globaler Perspektive

Abdel-Hakim Ourghi (Freiburg): Bedingungen für gelingende Integration muslimischer Einwanderer in Deutschland [abgesagt]

Podiumsdiskussion

Tagungsbericht *Migration und Religion in Zeitgeschichte und Gegenwart*. 09.04.2018, Bonn, in: H-Soz-Kult 25.07.2018.